



Projektbericht
Research Report

Wirtschaftsprognose für Niederösterreich

Erster Quartalsbericht 2022

**Daniela Grozea-Helmenstein,
Helmut Berrer,
Christian Helmenstein**



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Projektbericht
Research Report

Wirtschaftsprognose für Niederösterreich

Erster Quartalsbericht 2022

**Daniela Grozea-Helmenstein,
Helmut Berrer,
Christian Helmenstein**

Stand: 19. Juli 2022

Studie im Auftrag der NÖ Landesregierung
und der Wirtschaftskammer Niederösterreich

ECONOMICA – Institut für Wirtschaftsforschung, Wien
ECONOMICA – Institute of Economic Research, Vienna

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Kontakt:

Dr. Daniela Grozea-Helmenstein
Institut für Höhere Studien
☎: +43/676/3200-402
E-Mail: grozea@lhs.ac.at
E-Mail: daniela.grozea@economica.eu

Dr. Christian Helmenstein
☎: +43/676/3200-401
E-Mail: christian.helmenstein@economica.eu

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| 1. Rahmenbedingungen: Internationale und österreichische Konjunkturentwicklung | 1 |
| 1.1 Internationale Konjunktur | 1 |
| 1.2 Perspektiven der Inlandskonjunktur | 8 |
| 2. Konjunkturentwicklung in Niederösterreich | 11 |
| 3. Prognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche Niederösterreichs | 12 |
| 3.1 Land- und Forstwirtschaft | 12 |
| 3.2 Herstellung von Waren | 12 |
| 3.3 Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung | 14 |
| 3.4 Bauwesen | 14 |
| 3.5 Handel | 15 |
| 3.6 Beherbergung und Gastronomie | 16 |
| 3.7 Verkehr und Lagerei | 17 |
| 3.8 Information und Kommunikation | 17 |
| 3.9 Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | 17 |
| 3.10 Grundstücks- und Wohnungswesen | 18 |
| 3.11 Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen | 18 |
| 3.12 Sonstige Dienstleistungen | 18 |
| 3.13 Öffentliche Verwaltung | 19 |
| 4. Aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt und Prognose | 20 |

1. Rahmenbedingungen: Internationale und österreichische Konjunktorentwicklung

1.1 Internationale Konjunktur¹

Nach dem kräftigen Aufholprozess der **Weltwirtschaft** in der zweiten Jahreshälfte 2021 hat die Wachstumsdynamik seit der Jahreswende deutlich nachgelassen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die strikte Null-Covid-Politik in China haben den kräftigen Preisauftrieb noch verstärkt und die Lieferkettenprobleme wieder verschärft. Der Rückgang der Reallöhne dämpft den privaten Konsum und die Geldpolitik wird deutlich gestrafft. Während die Wirtschaft im **Euroraum** im ersten Quartal noch um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt hat, verzeichnete die **US-Wirtschaft** einen Rückgang um 0,4 %, allerdings nach einem sehr starken Wachstum im Schlussquartal (1,7 %). Die vorliegenden Daten und Indikatoren deuten auch für das zweite Quartal nur auf ein geringes Wachstum der **Weltwirtschaft** hin. Insgesamt haben sich die internationalen Konjunkturaussichten im Vergleich zur Frühlings-Prognose eingetrübt. Die hartnäckige Inflation und die Straffung der Geldpolitik implizieren eine Rücknahme der Wachstumsaussichten für die **USA** auf 2,3 % bzw. 1,7 %. Der Krieg gegen die Ukraine dämpft die Wirtschaftsleistung im **Euroraum**. Diese dürfte um 2,6 % bzw. 2,0 % zulegen. Laut Prognose wird die **Weltwirtschaft** um 3,0 % bzw. 2,6 % wachsen.

Die Prognose ist weiterhin mit beträchtlichen **Abwärtsrisiken** für die Weltkonjunktur behaftet. Die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine sind kaum abzuschätzen. Ein Wegfall der russischen Rohstoffexporte nach Europa würde wohl zu einem weiteren Anstieg der Rohstoffpreise führen und eine Rezession auslösen. Ein Anstieg der mittelfristigen Inflationserwartungen würde eine noch stärkere Straffung der Geldpolitik erforderlich machen, was die Wirtschaftserholung weiter bremsen würde. Die Corona-Pandemie ist bei Weitem nicht überwunden. Das Auftreten einer neuen Coronavariante, die ebenso infektiös ist wie die Omikron-Variante und zudem den Impfschutz umgeht und sehr pathogen ist, könnte im kommenden Herbst und Winter erneute Infektionsschutzmaßnahmen erfordern.

In der **Volksrepublik China** expandierte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 4,8 % im Jahresabstand und um 1,3 % im Vergleich zum Vorquartal. Im Jänner und Februar verzeichnete die Wirtschaft ein robustes BIP-Wachstum. Als die Zahl der Coronainfektionen im März zunahm und Städte in ganz China die Eindämmungsmaßnahmen verschärften, verlangsamte sich die Wirtschaftsdynamik deutlich. Die Konjunkturabschwächung setzte sich im April fort, als sich das Virus ausbreitete und die Regierung eine Null-Covid-Strategie verfolgte. Die Lockdowns, die daraus resultierende Unsicherheit und die Unterbrechung der Lieferketten ließen die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren im April einbrechen. Die Einzelhandelsumsätze und die Industrieproduktion verzeichneten mit -13,0 % bzw. -2,9 % im

¹ IHS, 2022: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022-2023. Wien, Juni 2022.

April kräftige Rückgänge. Fabriksschließungen und Logistikstörungen führten im April zu einer deutlichen Verlangsamung der Expansion bei den Exporten und den Importen sowie bei den Anlageinvestitionen. Im Mai wurden die Corona-Beschränkungen weitgehend gelockert. Dies führte zu einer Erholung der Exporte und der Importe, während die Dynamik des privaten Konsums stark rückläufig blieb. Die Arbeitslosenquote, die sich auf Erhebungen in den Städten stützt, ist im Mai auf 5,9 % gestiegen. Wegen der schwachen Nachfrage nach Industrierohstoffen betrug die Inflation im Mai 2,1 %.

Die Abschwächung der Konjunktur im April war der Auslöser für ein Konjunkturpaket mit wachstumsfördernden Maßnahmen. Ende Mai kündigte die Regierung weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft an, darunter höhere Steuerrückerstattungen, die Verlängerung der Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmen bis zum Ende dieses Jahres und die Ausweitung der Ermäßigung auf neue Branchen, Steuersenkungen für Autoverkäufe sowie höhere Subventionen für Fluggesellschaften, den Tourismussektor und landwirtschaftliche Betriebe. Die Ausgaben für Infrastrukturprojekte werden ebenfalls erhöht. Die Konjunkturmaßnahmen belaufen sich etwa auf 1,7 % des BIP. Für die Umsetzung der Maßnahmen sind hauptsächlich die lokalen Regierungen verantwortlich. Allerdings sind viele Regionen hoch verschuldet und können möglicherweise die Maßnahmen nicht umsetzen. In der Prognoseperiode dürfte die chinesische Wirtschaft an Fahrt verlieren. Die hohen Rohstoff- und Energiekosten, die Energieknappheit sowie die Immobilienkrise bremsen die Wirtschaftsleistung. Die Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte in den Jahren 2022 und 2023 4,8 % bzw. 5,0 % betragen.

In **Deutschland** ist die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2022 um 0,2 % gestiegen. Im Winterhalbjahr ergab sich ein Rückgang um 0,1 %. Die Wirtschaftsleistung war damit noch um 0,9 % niedriger als vor der Corona-Pandemie, also Ende 2019. Die Schwäche zu Beginn dieses Jahres dürfte vor allem auf die hohe Inflation zurückzuführen sein. Die Lieferengpässe, die seit dem vergangenen Jahr die Konjunkturerholung bremsen, hatten sich zu Beginn des Jahres vorübergehend etwas verringert. Inzwischen belasten aber erneute Probleme in den Lieferketten die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft. Für das zweite und dritte Quartal deuten die Indikatoren, etwa der ifo-Geschäftsklimaindex und der Lkw-Maut-Index, eine weiterhin schwache Konjunktur an.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor robust. Die Beschäftigung und die Arbeitslosenquote haben wieder das Niveau von vor der Corona-Pandemie erreicht. Nach Schätzungen des ifo Instituts waren im Mai noch 277.000 Personen oder 0,8 % der Beschäftigten in Kurzarbeit, verglichen mit 399.000 Menschen im April und knapp sechs Millionen im April 2020 auf dem Höhepunkt der Coronakrise. Die Inflation hat sich weiter beschleunigt und erreichte im Mai 7,9 %. Besonders stark ist die Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln. Aber auch die Preise vieler anderer Güter und Dienstleistungen steigen gegenwärtig kräftig, eine Lohn-Preis-Spirale zeichnet sich jedoch nicht ab. Da die Verbraucher auf die hohe Teuerung bereits mit Konsumeinschränkungen reagieren und die EZB die Geldpolitik strafft, dürfte die Inflation

allmählich nachlassen. Sie dürfte aber in beiden Prognosejahren klar über dem Zwei-Prozent-Ziel der EZB bleiben.

Im Prognosezeitraum profitieren die kontaktintensiven Dienstleistungen von der fast vollständigen Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen. Die hohe Teuerung belastet aber den privaten Konsum sowie, zusammen mit den wohl noch länger anhaltenden globalen Lieferproblemen, die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und am Bau. Insgesamt sollte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 2,0 % bzw. 2,8 % zulegen.

Italien verzeichnete im ersten Quartal 2022 mit 0,1 % nur einen geringen Zuwachs des BIP gegenüber dem Vorquartal. Der private Konsum blieb mit einem Rückgang von 0,8 % hinter den Erwartungen, während die Bruttoanlageinvestitionen einen soliden Anstieg von 3,9 % verzeichneten. Die Exporte und Importe stiegen um 3,5 % bzw. 4,3 % gegenüber dem Vorquartal. Während der Aufschwung im vergangenen Jahr kräftig verlief, war demnach zu Beginn des aktuellen Jahres vor allem die Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte überraschend schwach.

Der Anstieg der Energiepreise drückt die Realeinkommen. Die Regierung griff zur Abfederung des Energiepreisschocks auf eine Senkung der Energieabgaben zurück. Ein Sozialbonus richtete sich gezielt an einkommensschwächere Haushalte, und energieintensiven Unternehmen wurden vorübergehende Steuergutschriften gewährt, die Insolvenzen infolge der steigenden Produktionskosten verhindern sollen. Hinzu kommt die Unsicherheit durch den Krieg gegen die Ukraine. Unterstützt wird der private Konsum durch die sinkende Arbeitslosenquote (8,4 % im April) und steigende Beschäftigung. Der Tourismus erholt sich weiter, hat aber das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht. Zu Beginn des Jahres lagen die ausländischen Ankünfte noch etwa 30 % unter der Vergleichsperiode im Jahr 2019.

Die Inflationsrate lag im Mai bei 6,9 %. Die Straffung der Geldpolitik der EZB erzeugt Aufwärtsdruck auf die Marktzinsen, was die Refinanzierungsbedingungen des öffentlichen Sektors sowie von Unternehmen und Haushalten erschwert. Aufgrund der hohen Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland (ca. 45 % der gesamten Gasimporte) stellt ein Lieferstopp ein schwerwiegendes Risiko für die italienische Volkswirtschaft dar. Der nationale Wiederaufbauplan, gestützt durch die umfangreichen „Next Generation EU“-Mittel, bleibt ein unterstützender Faktor für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung. Das IHS erwartet ein BIP-Wachstum von 2,7 % im laufenden Jahr und 1,6 % im Jahr 2023.

Die **mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)** verzeichneten im ersten Quartal des Jahres 2022 ein solides Wachstum. Der private Konsum und die Investitionen expandierten in den meisten Ländern deutlich. Der Dienstleistungssektor erholte sich zunehmend, während die Industrieproduktion und die Exporte nur mäßig zunahmen. Das Wirtschaftswachstum dürfte sich im laufenden Quartal abschwächen, was teilweise auf eine höhere Vergleichsbasis zurückzuführen ist.

Die Inflation erhöhte sich stark aufgrund steigender Löhne sowie höherer Energie- und Lebensmittelpreise. Dieser Trend dürfte sich im Hinblick auf den Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland fortsetzen. Während die höheren Energiepreise die Inflation anheizen, begrenzen Energiepreisregulierungen in einigen Ländern die unmittelbaren Auswirkungen. Um der hohen Inflation entgegenzuwirken, haben die Notenbanken in Tschechien, Polen, Rumänien und Ungarn ihre Geldpolitik im Laufe dieses Jahres mehrmals gestrafft. In den kommenden Monaten sind weitere Leitzinserhöhungen zu erwarten.

Der Krieg gegen die Ukraine dämpft die Wirtschaftsdynamik in den MOEL durch Auswirkungen auf die bilateralen Handelsbeziehungen sowie die Rohstoff- und Finanzmärkte, anhaltende Engpässe in den Lieferketten, Vertrauensverluste und zusätzlichen Druck auf die Energiepreise. Die stark gestiegene Inflation verringert die Realeinkommen der Haushalte, was zusammen mit dem sinkenden Konsumentenvertrauen zu einer Abschwächung des privaten Konsums führt. Die Normalisierung der Sparquote könnte diesen Effekt hingegen dämpfen. Für die Unternehmen wirken sich neben den erhöhten Energie- und Rohstoffpreisen auch die Produktionsunterbrechungen infolge fehlender Vorprodukte negativ aus. Das sinkende Unternehmensvertrauen und niedrigere Unternehmensgewinne sowie kriegs- und pandemiebedingte Unsicherheiten führen zu einer Zurückhaltung bei Investitionsvorhaben. Anhaltende Lieferengpässe trüben zusätzlich die Aussichten. Hingegen dürften die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt und Mittel für Investitionsvorhaben aus dem „Next Generation EU“-Programm das BIP-Wachstum substantiell unterstützen. Auch die von den jeweiligen Regierungen verabschiedeten Maßnahmen, um Auswirkungen des Energiepreisanstiegs zu mildern, stützen die Konjunktur. Alles in allem ist in diesem und im nächsten Jahr ein durchschnittlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL-5 um 3,2 % bzw. 3,0 % zu erwarten.

In **Tschechien** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,9 % im Vorquartalsvergleich und um 4,8 % zum Vorjahresquartal. Das BIP-Wachstum wurde hauptsächlich vom Konsum der privaten Haushalte sowie den Investitionen und dem Lageraufbau getragen. Materialengpässe, insbesondere in der Automobilindustrie, führten zu einer Erhöhung der Lagerbestände an halbfertigen Produkten. Der Beitrag des Außenhandels war vor allem infolge eines Rückgangs der Kraftfahrzeugexporte negativ. Die Arbeitslosenquote blieb mit 2,4 % im April weiterhin besonders niedrig. Die Inflationsrate erhöhte sich auf 15,2 % im Mai. Die Fiskalpolitik bleibt expansiv. Um die Auswirkungen der hohen Inflation für die PensionistInnen abzufedern, hat die Regierung eine weitere Rentenerhöhung beschlossen. Nach einer Expansion um 1,5 % im heurigen Jahr dürfte sich das BIP-Wachstum im Jahr 2023 infolge einer dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Exporte auf 2,7 % beschleunigen.

In **Ungarn** stieg die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 2,1 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm sie um 8,0 % zu. Sowohl der private Konsum, gestützt

durch steigende Löhne und Transferzahlungen, als auch die Investitionen trugen das Wachstum. Der Angebotsschock verstärkte den Inflationsdruck und die Teuerungsrate erhöhte sich auf 10,8 % im Mai. Die Arbeitslosenquote stieg im April leicht auf 3,4 %. Die Deckelung der Preise von sechs Grundnahrungsmitteln und für Treibstoff wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr verlängert und dürfte die Konjunktur weiter stützen. Unterbrechungen der Lieferketten und eine Dämpfung der Auslandsnachfrage infolge des Kriegs gegen die Ukraine bremsen hingegen die Exporte. Eine Freigabe der eingefrorenen Mittel aus dem „Next Generation EU“-Programm könnte die Investitionen im nächsten Jahr beschleunigen. Insgesamt wird mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 3,0 % bzw. 3,3 % gerechnet.

Im ersten Quartal erhöhte sich in **Polen** die Wirtschaftsleistung um 2,5 % zum Vorquartal und um 9,2 % zum Vorjahresquartal. Höhere Staatsausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine zusammen mit robusten Anlageinvestitionen und einem starken Lageraufbau stützten das Wachstum. Dabei blieb die Arbeitslosenquote im April mit 3,0 % unverändert niedrig. Aufgrund steigender Preise für Energie, Lebensmittel und Mieten erhöhte sich die Inflation im Mai auf 12,8 %. Die Anti-Inflationsmaßnahmen der Regierung, die eine Senkung der Steuer auf Kraftstoffe und Energieprodukte und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wie Brot, Fleisch und Molkereiprodukte beinhalten, dürften bis Ende 2023 verlängert werden und konjunkturstützend wirken. Die kürzliche Freigabe der „Next Generation EU“-Mittel wird die Investitionen ankurbeln. Die anhaltenden Lieferengpässe könnten hingegen die Wirtschaftsdynamik bremsen. Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr um 4,0 % und im Jahr 2023 um 3,0 % zunehmen.

In der **Slowakei** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal und um 3,0 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Allerdings blieb das BIP immer noch um 1,0 % niedriger als vor der Pandemie. Während die Inlandsnachfrage das Wachstum stützte, gingen die Nettoexporte infolge anhaltender Unterbrechungen in den globalen Automobil-Lieferketten zurück. Die Arbeitslosenquote lag im April bei 6,3 % und damit um 0,8 Prozentpunkte unter dem April-Niveau des Vorjahres. Die Inflation erhöhte sich im Mai auf 11,8 %. Die starke Abhängigkeit von russischen Energieimporten und die Bedeutung des Automobilsektors mit Lieferengpässen bei Vorprodukten erhöhen die Konjunkturrisiken in der Prognoseperiode. In diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 2,3 % und im nächsten Jahr um 3,5 % wachsen.

In **Slowenien** expandierte das BIP im ersten Quartal infolge einer robusten Inlandsnachfrage um 0,8 % zum Vorquartal bzw. um 9,6 % im Vorjahresvergleich. Während das Jahresergebnis von der niedrigen Vergleichsbasis profitierte, dämpften die rückläufigen Exporte das Quartalergebnis. Die Teuerungsrate erhöhte sich im Mai auf 8,7 % und dürfte bis Ende dieses Jahres hoch bleiben. Um den Inflationsdruck zu bremsen, hat die Regierung einen Höchstpreis für Treibstoff festgelegt. Die Arbeitslosigkeit blieb seit Anfang des Jahres stabil auf 4,0 %. Der private Konsum und die durch EU-Mittel gestützten Investitionen dürften die

wichtigsten Wachstumsmotoren im Prognosezeitraum bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2022 und 2023 um 3,8 % bzw. um 3,0 % expandieren.

Im ersten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 5,2 % gegenüber dem Vorquartal und um 6,5 % im Vorjahresvergleich. Ein robuster privater Konsum, zunehmende Investitionen sowie hohe Staatsausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine stützten das Wachstum. Die Arbeitslosenquote blieb im April mit 5,5 % auf einem, im Vergleich zu anderen Ländern der Region, hohen Niveau. Die Inflation beschleunigte sich und lag im Mai bei 12,4 %. Konjunkturstützend wirkt im Prognosezeitraum die expansive Fiskalpolitik, die eine Unterstützung für Haushalte und KMU vorsieht. So hat die Regierung die Strom- und Gaspreise für Haushalte und Unternehmen bis Ende März 2023 gedeckelt. Die rechtzeitige Umsetzung der mit der EU im Rahmen des Wiederaufbauplans vereinbarten Reformen ist ausschlaggebend für die Absorption der vorgesehenen EU-Mittel für Investitionen. Getragen von der Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 um jeweils 3,5 % expandieren.

Getrieben von den Reiseverkehrsexporten und der Inlandsnachfrage nahm das Bruttoinlandsprodukt in **Kroatien** im ersten Quartal um 2,7 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich expandierte es um 6,7 %. Infolgedessen sank die Arbeitslosigkeit um 2,1 Prozentpunkte auf 6,1 % im April. Die Inflationsrate erhöhte sich im Mai auf 10,7 %. Um den steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken, hat die Regierung eine Preisdeckelung für Kraftstoffe verabschiedet, die Mitte Juni in Kraft getreten ist. In diesem und im nächsten Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt infolge einer dynamischen Inlandsnachfrage und eines regen Tourismus um 3,8 % bzw. um 3,5 % zunehmen. Am 1. Jänner 2023 wird Kroatien dem Euroraum beitreten.

Im ersten Quartal wuchs die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 0,8 % im Vorquartalsvergleich und um 4,0 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dabei lag die Arbeitslosenquote im April mit 4,0 % um 1,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Inflation erhöhte sich auf 13,4 % im Mai. Eine geringere Dynamik des privaten Konsums infolge eines schwächeren Anstiegs des real verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und einer Verlangsamung des Kreditwachstums der privaten Haushalte bei steigenden Kreditzinsen dürfte das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode dämpfen. Infolgedessen dürfte sich das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 2,0 % bzw. um 3,3 % erhöhen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine dauert bereits vier Monate an. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs und der westlichen Sanktionen sind in der russischen Wirtschaft bereits stark zu spüren. Im ersten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung noch um 3,5 % im Vorjahresvergleich. Während die Entwicklung im März noch positiv war, schrumpfte das BIP im April laut einer Schätzung des Wirtschaftsministeriums um 3,0 % im Vorjahresvergleich. So erhöhten sich die Einzelhandelsumsätze im März um 2,0 %. Im April schrumpften sie aber um 10,0 %. Die Industrieproduktion erhöhte sich im März um 3,0 %

gegenüber dem Vorjahr, im April sank sie aber um 2,0 %. Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe ist rückläufig. Dies spiegelt größtenteils Bauteilknappheit und Versorgungsprobleme wider infolge von Sanktionen der westlichen Länder sowie der Entscheidung vieler internationaler Unternehmen, sich aus Russland zurückzuziehen. Die Automobilproduktion in Russland ist im April im Jahresvergleich um über 60 % zurückgegangen. Zusätzlich ging die Herstellung von anderen Transportfahrzeugen und elektrischen Geräten um knapp 10 % zurück. Andererseits verzeichneten einige wenige Branchen, vor allem die Pharmaindustrie, im April ein starkes Wachstum.

Da die Nachfrage nach russischem Öl stark abgenommen hat, ging die Ölförderung im April um 10 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Das russische Wirtschaftsministerium prognostiziert für das laufende Jahr einen Rückgang der Ölproduktion um 10 %. Anders als in die Länder, die die Sanktionen mittragen, sind die Ölexporte Russlands nach China und Indien gestiegen, allerdings mit einem kräftigen Abschlag gegenüber dem Preis für Öl der Sorte Brent.

Das gesamte Verkehrsaufkommen ging im April um 6 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Da viele Länder ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt und die EU und die USA die Ausfuhr von Luft- und Raumfahrtprodukten und -dienstleistungen nach Russland verboten haben, ging die Luftfracht im April um 85 % zurück. Die Sanktionen schränkten die Importmöglichkeiten Russlands stark ein. Positiv entwickelten sich im April hingegen das Baugewerbe, angetrieben vom starken Wohnungsbau, und die landwirtschaftliche Produktion.

Die Verknappung des Angebots beschleunigte die Inflation. Die Verbraucherpreise stiegen im Mai um 17,1 %. Um die Wirtschaft zu stützen, senkte die Zentralbank den Leitzins im Juni auf 9,5 %. Da viele ausländische Unternehmen, die Russland verlassen haben, ihre Beschäftigten noch nicht entlassen haben, spiegelt sich die Verschlechterung der Wirtschaftslage noch nicht auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Arbeitslosenquote betrug im April 4,0 %. Der Abbau der Beschäftigung dürfte sich in den kommenden Monaten beschleunigen.

Die Sanktionen sowie die Ausgaben für die Finanzierung der Kriegskosten und der zahlreichen Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft, wie die Erhöhung der Sozialausgaben und der Pensionen, belasten die öffentlichen Finanzen. Eine starke Verringerung der Importe der EU von Gas und Öl infolge des EU-Importverbots für Öl und Mineralprodukte bis zum Ende dieses Jahres sowie das Importembargo der USA und des Vereinigten Königreichs dürften die Deviseneinnahmen mittelfristig stark reduzieren. Die Übergangsfristen von sechs bis acht Monaten dürften die Wirkung nur verzögern.

Für das laufende Jahr ist eine starke Rezession in Russland zu erwarten. Die Wirtschaftsleistung dürfte im laufenden Jahr um 10,0 % zurückgehen. Dämpfend wirken sowohl der private Konsum als auch, infolge der Abwanderung ausländischen Kapitals, eine schwache Investitionstätigkeit. Gleichzeitig dürften die Exporte und die Importe stark

schrumpfen. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaftsleistung einen weiteren Rückgang um 2,0 % verzeichnen.

1.2 Perspektiven der Inlandskonjunktur²

Mit 1,5 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 9,5 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnete die **österreichische Wirtschaft** im ersten Quartal ein kräftiges Wachstum. Die Sachgüterproduktion profitierte von den internationalen Aufholeffekten nach der Coronakrise. Im Dienstleistungssektor fielen die coronabedingten Einschränkungen weg, sodass, insbesondere im Bereich Gastronomie/Beherbergung, hohe Zuwächse gegenüber dem Vorjahr erzielt werden konnten. Mit dem Krieg gegen die Ukraine haben sich aber die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert. Der Inflationsschub dämpft die Realeinkommen der privaten Haushalte. Die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung bremst die Investitionstätigkeit. Seit Kriegsbeginn deuten die Frühindikatoren auf eine Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik hin. Insbesondere die Erwartungen über die künftige Geschäftstätigkeit werden pessimistischer eingeschätzt. Der BIP-Wochenindikator der Österreichischen Nationalbank, der bis Ende Mai vorliegt, zeigt eine Abschwächung der Wirtschaftsdynamik im zweiten Quartal, allerdings keinen Einbruch. Vor diesem Hintergrund dürfte das BIP im zweiten Quartal stagniert haben. Für die zweite Jahreshälfte wird lediglich ein sehr moderates Wachstum erwartet, sodass für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Wachstum von 3,8 % resultiert. Mit der strafferen Fiskal- und Geldpolitik, der hartnäckigeren Inflation und den nur sehr allmählich nachlassenden Lieferkettenproblemen haben sich die Aussichten für das kommende Jahr verschlechtert. Das IHS nimmt daher seine Wachstumsprognose für 2023 auf 1,4 % zurück. Die Prognose ist weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. Dies gilt insbesondere für die Abschätzung von Dauer und Folgen der militärischen Auseinandersetzung. Für die Prognose wird unterstellt, dass die Sanktionen im Prognosezeitraum bestehen bleiben, es aber zu keiner Unterbrechung der Gaslieferungen von Russland nach Österreich kommt. Die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise orientiert sich an den Notierungen der Terminmärkte.

Der **private Konsum** in Österreich profitiert besonders von der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen. Dies gilt insbesondere für den Bereich Gastronomie und Beherbergung. Mit einem Wachstum von 4,4 % in diesem Jahr bleibt der private Konsum der wesentliche Wachstumstreiber. Die expansive Fiskalpolitik wirkt den inflationsbedingten Realeinkommensverlusten entgegen und die Senkung der coronabedingt sehr hohen Sparquote erlaubt eine kräftige Ausweitung der Konsumnachfrage. Für das kommende Jahr wird ein Konsumwachstum von 1,8 % erwartet. Das Institut geht bei dieser Prognose davon aus, dass sich der Aufholprozess nach dem coronabedingten Zwangssparen fortsetzt und sich die Konsumlaune trotz der mit dem Krieg verbundenen Unsicherheit nicht merklich eintrübt.

² IHS (2022): Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022-2023. Wien, Juni 2022.

Die verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen drücken auf das **Investitionsklima**. Die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Kriegs gegen die Ukraine, die Belastung der Exporte im Gefolge der Sanktionen sowie die kräftige Steigerung der Preise für Energie und Industrierohstoffe sind zusätzliche Bremsfaktoren. Vor diesem Hintergrund muss die Investitionsprognose deutlich zurückgenommen werden. Im laufenden Jahr sollten die Anlageinvestitionen annähernd stagnieren (0,2 %) und nächstes Jahr nur um 1,3 % zulegen. Die Ausrüstungsinvestitionen (0,0 % bzw. 1,5 %) und die Bauinvestitionen (0,5 % bzw. 1,0 %) entwickeln sich sehr ähnlich.

Im Vorjahr profitierte die österreichische **Exportwirtschaft** von der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft und des Welthandels. Im ersten Quartal des laufenden Jahres hat sich diese positive Tendenz noch fortgesetzt. Im weiteren Jahresverlauf dürften die verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen die Exporttätigkeit aber merklich einbremsen. Somit werden die Warenexporte im Prognosezeitraum voraussichtlich um 3,0 % bzw. 2,5 % zulegen. Die Aufhebung der coronabedingten Einschränkungen ermöglicht einen kräftigen Aufholprozess der Reiseverkehrsexporte, die sich langsam wieder dem Vorkrisenniveau annähern dürften. Die Gesamtexporte laut VGR sollten um 6,6 % bzw. 3,4 % ansteigen. Für die Gesamtimporte werden Zuwächse um 4,6 % bzw. 3,0 % erwartet. Die Außenwirtschaft liefert somit im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag, der vor allem auf die Erholung des heimischen Tourismus zurückgeht.

Mit dem Krieg gegen die Ukraine haben die **Verbraucherpreise** nochmals angezogen. Ausgehend von 5,0 % zu Jahresbeginn kletterte die Inflationsrate bis Mai auf 7,7 %. Getrieben wird die Inflation weiterhin vom starken Anstieg der Energiepreise. Inzwischen hat der kräftige Preisauftrieb auch auf Lebensmittel und Industriegüter übergegriffen. Da in den kommenden Monaten mit keiner Entspannung zu rechnen ist, hebt das Institut seine Inflationsprognose für 2022 auf 7,4 % an. Im kommenden Jahr sollten von den Rohölpreisen keine preistreibenden Impulse mehr ausgehen und die globale Lieferkettenproblematik dürfte sich etwas entspannen. Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten dürften aber dazu führen, dass die Inflationsrate mit 4,7 % hoch bleibt.

Der Krieg gegen die Ukraine hat bisher kaum Spuren am **Arbeitsmarkt** hinterlassen. In der ersten Jahreshälfte wurde die Beschäftigung kräftig ausgeweitet und in manchen Branchen herrscht nach wie vor Arbeitskräftemangel. Die Arbeitslosenquote liegt gegenwärtig etwa einen Prozentpunkt unter dem Vorkrisenniveau. Gegeben die konjunkturellen Rahmenbedingungen, erwartet das Institut allerdings keine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktlage im weiteren Prognosezeitraum. Laut Prognose steigt die Beschäftigung um 2,8 % in diesem bzw. 0,8 % im kommenden Jahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird jeweils 6,3 % betragen. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der Bekämpfung des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches am Arbeitsmarkt sowie der Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit hohe arbeitsmarktpolitische Priorität zukommt. Sinnvoll ist wohl auch der weitere Einsatz von Kurzarbeitsmodellen für

Unternehmen, die temporär unter den globalen Lieferkettenproblemen sowie den Sanktionen leiden.

Durch die Konjunkturerholung und den allmählichen Wegfall der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen entspannt sich die Lage der öffentlichen Haushalte. Die expansive **Fiskalpolitik** führt aber dazu, dass der Rückgang des Defizits merklich geringer ausfallen dürfte als noch in der Frühlings-Prognose erwartet. Nunmehr wird von einem Defizit von 3,8 % bzw. 1,9 % des BIP ausgegangen, nach 5,9 % im Vorjahr. Die Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich stützen zwar die Einkommen der privaten Haushalte, führen aber zu einer deutlichen Budgetbelastung. Mittelfristig bleibt Österreich auf einem nachhaltigen Budgetkurs, allerdings implizieren die Alterung der Bevölkerung und notwendige Infrastrukturausgaben zur Erreichung der Klimaziele zusätzliche Ausgaben. Durch die wiederholt angemahnten Strukturreformen könnten notwendige Investitionen in zukunftsorientierte, produktivitätserhöhende Bereiche wie Bildung, Digitalisierung und Forschung finanziert werden.

Auch für die heimische Wirtschaft bestehen beträchtliche **Abwärtsrisiken**. Ein Gaslieferstopp würde die Industrie schwer treffen und zu einer tiefen Rezession führen. Der Prognose liegt die Erwartung zugrunde, dass die privaten Haushalte auf die Verringerung der Realeinkommen mit einer Senkung der Sparquote reagieren. Die hohe politische und wirtschaftliche Unsicherheit könnte aber die Stimmung der privaten Haushalte verschlechtern und die Konsumneigung verringern. Neuerliche Corona-Schutzmaßnahmen würden insbesondere den Tourismus belasten. Eine länger andauernde Hochinflationsphase würde die Kaufkraft der Haushalte schwächen und könnte eine Lohn-Preis-Spirale auslösen.

2. Konjunktorentwicklung in Niederösterreich

Der Krieg in der Ukraine, hohe Energie- und Lebensmittelpreise sowie Lieferkettenprobleme trüben den Konjunkturausblick spürbar. Insbesondere die niederösterreichische metallverarbeitende Industrie und die Maschinenindustrie, bei denen Russland und die Ukraine wichtige Exportpartner darstellen, sind hiervon betroffen. Zusätzlich trägt auch der schwache Euro zu hohen Energiepreisen bei. Andererseits profitiert die niederösterreichische Wirtschaft von der erhöhten Nachfrage nach Öl- und Gasprodukten. Während die Kaufkraft der KonsumentInnen durch die hohen Energiepreise verringert wird, belasten die geopolitischen Risiken die Investitionsneigung der Unternehmen. Da die Unsicherheit hinsichtlich der Auftragslage sowie die Material- und Produktionskosten hoch sind, halten sich viele Unternehmen bei Investitionsvorhaben zurück. Zugleich stellt der Arbeitskräftemangel eine große Herausforderung für die Unternehmen in der Prognoseperiode dar. Während die Beiträge der Industrie und des Bauwesens zum Wachstum des Bruttoregionalprodukts geringer als im Vorjahr ausfallen dürften, sind die Marktdienstleistungen, darunter auch der Tourismus, die wichtigsten Wachstumstreiber im laufenden Jahr. Nach der Abschwächung der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal wird für die zweite Jahreshälfte lediglich ein sehr moderates Wachstum erwartet. Wegen der schwächeren Konjunktur dürfte der Inflationsdruck dann allmählich nachlassen. Vor diesem Hintergrund erwarten ECONOMICA und das IHS in Niederösterreich ein Wachstum des realen Bruttoregionalprodukts von 4,0 % bzw. 2,1 % in diesem und im nächsten Jahr (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Reale Bruttowertschöpfung ausgewählter Wirtschaftsbereiche Niederösterreichs (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %)

| | 2019 | 2020 | 2021* | 2022P | 2023P |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Land- und Forstwirtschaft | +0,2 | -2,0 | +5,9 | ±0,0 | ±0,0 |
| Herstellung von Waren ¹⁾ | +3,8 | -7,2 | +8,3 | +2,1 | +0,9 |
| Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung | +12,2 | -3,0 | +10,4 | +1,8 | +1,7 |
| Bauwesen | -0,1 | -3,0 | +5,8 | +2,1 | +1,3 |
| Handel | +3,8 | -3,4 | +7,9 | +6,1 | +3,2 |
| Beherbergung und Gastronomie | -0,3 | -41,2 | -14,3 | +57,2 | +2,5 |
| Verkehr und Lagerei | -1,3 | -23,9 | +4,2 | +6,2 | +3,7 |
| Information und Kommunikation | +6,6 | -0,5 | +1,5 | +1,3 | +1,6 |
| Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | +5,6 | +4,4 | +3,0 | +5,7 | +5,5 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen | +0,1 | -0,8 | +3,2 | +2,4 | +2,1 |
| Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ²⁾ | +3,8 | -8,3 | +8,1 | +5,5 | +2,6 |
| Sonstige Dienstleistungen ³⁾ | -0,5 | -17,7 | +1,4 | +1,3 | +4,0 |
| Öffentliche Verwaltung ⁴⁾ | +0,7 | -4,9 | +1,7 | +1,0 | +1,4 |
| Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche Niederösterreich (ECONOMICA/ IHS) | +2,2 | -7,1 | +5,2 | +3,9 | +2,1 |
| Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche Österreich (WIFO) | +1,4 | -6,8 | +4,6 | +4,5 | +1,6 |
| Bruttoregionalprodukt NÖ (ECONOMICA/ IHS) | +2,2 | -7,1 | +5,4 | +4,0 | +2,1 |
| Bruttoinlandsprodukt Österreich (IHS) | +1,5 | -6,7 | +4,8 | +3,8 | +1,4 |
| Bruttoinlandsprodukt Österreich (WIFO) | +1,5 | -6,7 | +4,8 | +4,3 | +1,6 |

*Vorläufige Schätzwerte 2021. P=Prognose 2022 und 2023 ¹⁾ Prognose einschl. Bergbau.- ²⁾ ÖNACE M-N. ³⁾ ÖNACE R-U. ⁴⁾ ÖNACE: O-Q. Quelle: Statistik Austria, ECONOMICA/ IHS, WIFO.

3. Prognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche Niederösterreichs

3.1 Land- und Forstwirtschaft

Im ersten Quartal des laufenden Jahres ist die Bruttowertschöpfung (BWS) des Bereichs Land- und Forstwirtschaft **österreichweit** infolge ungünstiger Wetterbedingungen laut WIFO um 1,4 % zurückgegangen. Für das gesamte Jahr 2022 und für das Jahr 2023 wird für **Niederösterreich** und **Österreich** jeweils von einer Stagnation der BWS des Bereichs Land- und Forstwirtschaft ausgegangen.

Die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft nahm in **Niederösterreich** im Zeitraum Jänner bis Juni 2022 im Vorjahresvergleich um 0,5 % und im **Österreich-Durchschnitt** um 2,8 % zu. Für das gesamte Jahr 2022 ist von einem Anstieg der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft auszugehen (NÖ: 1,7 %; Ö: 3,1 %). Im Jahr 2023 dürfte die Beschäftigung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft in **Niederösterreich** um 1,7 % und im **Österreich-Durchschnitt** um 1,5 % zunehmen.

3.2 Herstellung von Waren³

Nach der starken Dynamik im Vorjahr dürfte sich das Wachstumstempo der Industrie in der Prognoseperiode infolge von Engpässen in den globalen Lieferketten, hohen Energie- und Rohstoffpreisen und Arbeitskräftemangel abschwächen. Somit verlangsamte sich die Zunahme der Bruttowertschöpfung des Bereichs Herstellung von Waren im ersten Quartal **österreichweit** auf 4,8 %. Laut WIFO-Prognose dürfte sich die BWS dieses Bereichs im **Österreich-Durchschnitt** im heurigen Jahr um 2,2 % erhöhen. In **Niederösterreich** dürfte der Anstieg der BWS in der Herstellung von Waren laut ECONOMICA/IHS Prognose 2,1 % betragen. Für das Jahr 2023 erwarten ECONOMICA und das IHS eine Zunahme der BWS um 0,9 % in **Niederösterreich** und um 0,2 % **österreichweit**.

Im Zeitraum Jänner bis Juni 2022 ist die Beschäftigung in der Herstellung von Waren (einschließlich Bergbau) in **Niederösterreich** und **österreichweit** um 1,9 % bzw. 2,2 % zurückgegangen. Für das gesamte Jahr 2022 ist von einem Anstieg der Beschäftigung im Bereich „Herstellung von Waren“ in **Niederösterreich** um 1,7 % und **österreichweit** um 1,8 % auszugehen. Im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung nur leicht zunehmen bzw. stagnieren (NÖ: +0,3 % und Ö: 0,0 %).

³ Einschließlich Bergbau.

Industriekonjunktur

Gemäß der aktuellen Konjunkturumfrage der **Industriellenvereinigung Niederösterreich**⁴ ist der Wert des IV-Niederösterreich Konjunkturbarometers – als Mittelwert aus der Beurteilung der gegenwärtigen und zukünftigen Geschäftsentwicklung – im ersten Quartal 2022, im Vergleich zum Vorquartal, von **+25,5 auf –8,0 Punkte** gesunken. Damit hat sich die Stimmung unter den Betrieben stark eingetrübt. Die pessimistische Einschätzung ist auf die Teilkomponente der **Geschäftsaussichten** in sechs Monaten zurückzuführen. Dabei wirkt sich die geopolitische Unsicherheit stark auf die Betriebe aus. Wegen der hohen Energie- und Rohstoffpreise erhöhen die Unternehmen die Verkaufspreise, da sie andernfalls nicht verlustfrei produzieren können.

Auf einem guten Niveau befinden sich noch die aktuellen Auftragsbestände und die aktuellen Auslandsaufträge. Die Beurteilung der **aktuellen Geschäftslage** ist im Vergleich zum Vorquartal etwas optimistischer. Der Bewertungssaldo stieg von +37 auf +41 Prozentpunkte. Ähnlich stieg bei der Einschätzung des **aktuellen Auftragsstands** der Saldo von +76 Prozentpunkten auf +77. Die Einschätzungen zu den **aktuellen Auslandsaufträgen** haben sich hingegen von +69 Prozentpunkten im Vorquartal auf +61 Prozentpunkte leicht verschlechtert. Gebessert hat sich allerdings der Indikator **derzeitige Ertragssituation**, für welchen der Bewertungssaldo von –3 Prozentpunkten im Vorquartal auf nunmehr +7 zunahm.

Deutlich schlechter fallen hingegen die Einschätzungen zur Geschäftslage und der Ertragssituation in sechs Monaten aus. Der Bewertungssaldo bei der **Produktionstätigkeit in drei Monaten** sank von +21 auf –3 Prozentpunkte. Bei der **Produktionskapazität in drei Monaten** geht die Mehrheit von sinkenden Kapazitäten aus. Stark verschlechtert hat sich die Einschätzung der **Ertragssituation in sechs Monaten**. Bei der Bewertung der **Geschäftslage in sechs Monaten** sank der Saldo von +14 auf –57 Prozentpunkte. Der **Beschäftigtenstand in drei Monaten** wird ebenfalls pessimistischer eingeschätzt, was daran liegt, dass wegen des Fachkräftemangels viele Stellen nicht besetzt werden können.

Laut dem letzten Konjunkturbericht der **KMU Forschung Austria**⁵ hat sich die Beurteilung der **Geschäftslage** im zweiten Quartal des laufenden Jahres, im Vorquartalsvergleich, deutlich verbessert. Per Saldo (Anteil der Betriebe mit guten, abzüglich jener mit schlechten Beurteilungen) überwiegen die Betriebe mit guter Geschäftslage um 16 Prozentpunkte.

Der durchschnittliche **Auftragsbestand** in den **investitionsgüternahen Branchen** ist im Vergleich zum zweiten Quartal des Jahres 2021 um 10,9 % gestiegen. Der Anteil der

⁴ URL: <https://niederoesterreich.iv.at/Industrieland-N/-/Spalte-Links/Konjunkturumfrage/Konjunktur-Knotenseite.html> [Stand: 12.07.2022].

⁵ KMU Forschung Austria (2022), Konjunkturbeobachtung: Gewerbe und Handwerk, Österreich, 2. Quartal 2022, Wien, Juli 2022.

URL: <https://www.kmuforschung.ac.at/wp-content/uploads/2022/07/OesterreichBericht-2.pdf> [Stand: 12.07.2022].

Unternehmen mit einem Auftragsbestand von 20 und mehr Wochen hat deutlich zugenommen. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen ohne Auftragsbestand und mit einer Auslastung von 1 bis 4 bzw. 10 bis 19 Wochen zurückgegangen, während der Anteil der Betriebe mit einem Auftragsbestand von 5 bis 9 Wochen auf dem Vorjahresniveau geblieben ist. Laut **KMU Forschung Austria**⁶ könnten 29 % der Betriebe sofort zusätzliche Aufträge ausführen (Vorjahr: 30 %). 40 % können in drei Monaten zusätzliche Aufträge durchführen (Vorjahr: 40 %), 23 % in sechs Monaten (Vorjahr: 22 %) und 8 % in neun Monaten (Vorjahr: 8 %). Im Vergleich dazu betrug im Vorquartal (1. Quartal 2022) der Anteil der Betriebe, die sofort zusätzliche Aufträge ausführen konnten, 38 %, in drei Monaten 36 %, in sechs Monaten 20 % und in neun Monaten 6 %.

Die **konsumnahen Branchen** wurden von der Corona-Krise besonders stark getroffen. Im Vergleich zum zweiten Quartal des Jahres 2021 ist der Anteil an Betrieben mit Umsatzrückgängen weiter gesunken (von 37 % auf 30 %). Gleichzeitig gaben mehr Betriebe Umsatzsteigerungen an (26 % gegenüber 24 %). Die Situation ist somit besser als im Vergleichsquartal des Vorjahres. Für das dritte Quartal 2022 sind die Einschätzungen ausgeglichen. Dabei erwarten 21 % der Betriebe Steigerungen der Auftragseingänge bzw. Umsätze gegenüber dem dritten Quartal 2021 (Vorjahr: 24 %). Insgesamt erwarten mehr Betriebe als im Vorquartal Rückgänge. Im investitionsgüternahen Bereich sind die Unternehmen optimistischer im 3. Quartal 2022 mit einem Saldo von +2 Prozentpunkten als die Unternehmen im konsumnahen Bereich mit einem Saldo von -4 Prozentpunkten.

3.3 Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung

Für das Jahr 2022 wird mit einem Anstieg der BWS des Bereichs Energie-, Wasserversorgung und Abfallentsorgung um 1,8 % in **Niederösterreich** und um 2,0 % **österreichweit** gerechnet. Im nächsten Jahr dürfte die BWS dieses Bereichs um 1,7 % in **Niederösterreich** und um 1,0 % **österreichweit** zunehmen.

Im Durchschnitt der ersten sechs Monate des Jahres 2022 nahm die Beschäftigung dieses Bereichs im Vorjahresvergleich um 1,7 % in **Niederösterreich** und um 1,8 % in **Österreich** zu. Nach einer Zunahme um 2,0 % (Ö: +2,2 %) in diesem Jahr dürfte sich das Wachstum der Beschäftigung dieses Bereichs im nächsten Jahr in **Niederösterreich** auf 1,3 % (Ö: 0,6 %) belaufen.

3.4 Bauwesen

Nach der dynamischen Expansion im Vorjahr dürfte sich das Wachstum dieses Bereichs in der Prognoseperiode abschwächen. Im ersten Quartal des heurigen Jahres ist die BWS des Bereichs Bauwesen im **Österreich-Durchschnitt** um 1,2 % im Jahresvergleich gewachsen.

⁶ URL: <https://www.kmuforschung.ac.at/wp-content/uploads/2022/07/OesterreichBericht-2.pdf> [Stand: 12.07.2022].

Nach einer Zunahme in diesem Jahr um 2,1 % in **Niederösterreich** und um 1,0 % **österreichweit** wird für das Jahr 2023 mit einer Erhöhung der BWS dieses Bereichs um 1,3 % in **Niederösterreich** und um 1,2 % im **Österreich-Durchschnitt** gerechnet.

Die hohen Preisanstiege und die Lieferengpässe bei Baumaterialien belasten die **realen Bauinvestitionen**. Im ersten Quartal 2022 waren die Wohnbauinvestitionen um 2,9 % niedriger, die sonstigen Bauinvestitionen um 1,4 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. In saisonbereinigter Rechnung stiegen die Bauinvestitionen. Im ersten Quartal dürfte aber das milde Winterwetter die Bautätigkeit begünstigt haben. Die Investitionen in Wohnbauten sind nun knapp 0,5 % höher, die sonstigen Bauinvestitionen knapp 2 % niedriger als vor der Corona-Pandemie.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Bauinvestitionen schwach entwickeln. Die Lieferprobleme werden wohl nur sehr langsam nachlassen, ebenso wie die Teuerung. Außerdem verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen. Die Zinsen steigen, und Bankkredite werden teurer und restriktiver vergeben. Eine Abschwächung der Dynamik bei den Wohnbauinvestitionen signalisiert der Rückgang der Baubewilligungen. Diese waren im Jahresdurchschnitt 2021 um 6,1 % niedriger als im Jahr davor, wobei sich der Rückgang in der zweiten Jahreshälfte deutlich beschleunigte. Für die sonstigen Bauinvestitionen sind die Aussichten kaum besser als für den Wohnbau. Die Bautätigkeit der Unternehmen leidet ebenfalls unter der Verschärfung der Finanzierungsbedingungen. Zudem drücken die hohe Unsicherheit und die allgemeine Konjunkturabschwächung auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen macht sich die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen bemerkbar. Die fiskalpolitischen Maßnahmen betreffen zwar in erster Linie den Bund und die Länder, aber über den Finanzausgleich sind auch die Gemeinden, die für den größten Teil der öffentlichen Investitionen verantwortlich sind, von der Verschlechterung der öffentlichen Finanzen betroffen. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Durchschnitt des laufenden Jahres um 0,5 % und im kommenden Jahr um 1,0 % ausgeweitet werden, nach 3,4 % im vergangenen Jahr.

Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Juni 2022 erhöhte sich, im Vorjahresvergleich, die Zahl der Beschäftigten im Bauwesen sowohl in **Österreich** (+2,7 %) als auch in **Niederösterreich** (+4,1 %). Für das Gesamtjahr 2022 erwarten ECONOMICA und das IHS für **Niederösterreich** und **österreichweit** einen Anstieg der Beschäftigung um 3,5 % bzw. um 2,4 %. Die positive Entwicklung der Beschäftigung im Bauwesen wird sich im nächsten Jahr voraussichtlich fortsetzen (NÖ: +0,3 %; Ö: +0,2 %).

3.5 Handel

Das Konsumverhalten der österreichischen Haushalte wird derzeit von zwei einander entgegenwirkenden Kräften bestimmt. Einerseits haben die Haushalte während der Pandemie und den zu ihrer Eindämmung verfügbaren Maßnahmen unfreiwillig auf Konsum verzichtet und

dabei beträchtliche Finanzvermögen aufgebaut. Andererseits aber nagt der starke Preisauftrieb an den Realeinkommen wie auch an den Realvermögen und schränkt den Handlungsspielraum wieder deutlich ein. Die angekündigten oder schon umgesetzten stützenden Maßnahmen dürften ein geringes positives Realeinkommenswachstum ermöglichen.

Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst heuer inflationsbereinigt um 4,5 %. Dies ist nach wie vor eine für dieses Nachfrageaggregat sehr hohe Wachstumsrate. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen expandieren nämlich im laufenden Jahr nur um 0,2 %. Die Haushalte entsparen also heuer kräftig. Für das kommende Jahr wird eine geringfügig stärkere Einkommensexpansion mit einer realen Zuwachsrate von 0,5 % erwartet. Die Dynamik der stärker konsumwirksamen Lohneinkommen bleibt 2022 leicht unter den Gewinneinkommen, ist aber 2023 schon wieder dominant. Das noch immer recht starke Konsumwachstum von 1,8 % im kommenden Jahr wird die Rückführung der Haushaltssparquote auf das vor der Pandemie übliche Niveau vollenden.

Insgesamt dürfte die BWS des Bereichs Handel (inkl. Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern) im heurigen Jahr um 6,1 % in **Niederösterreich** und 4,2 % **österreichweit** zunehmen. Im Jahr 2023 wird die BWS dieses Bereichs voraussichtlich um jeweils 3,2 % in **Niederösterreich** und **österreichweit** expandieren. Im ersten Quartal des laufenden Jahres erhöhte sich die BWS dieses Bereichs **österreichweit** um 8,0 %.

Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Juni erhöhte sich die Beschäftigung im Handel sowohl in **Österreich** als auch in **Niederösterreich** um jeweils 2,5 %. Für 2022 erwarten ECONOMICA und das IHS einen Anstieg der Beschäftigung im Handel um 2,1 % in **Niederösterreich** und um 2,3 % im **Österreich-Durchschnitt**. Im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung innerhalb dieses Bereichs weiter zunehmen (um jeweils 0,8 % in Niederösterreich und österreichweit).

3.6 Beherbergung und Gastronomie

Nach der Aufhebung der coronabedingten restriktiven Reisemaßnahmen entwickelt sich der Bereich Beherbergungs- und Gaststättenwesen in diesem Jahr besonders dynamisch und dürfte kräftig zum BRP-Wachstum beitragen. Im ersten Quartal erhöhte sich die BWS des Bereichs Beherbergungs- und Gaststättenwesen um 366,7 % im Österreich-Durchschnitt. Die BWS dieses Bereichs dürfte im laufenden Jahr um 57,2 % in **Niederösterreich** und um 59,5 % in **Österreich** zunehmen. Nach der besonders starken Expansion im laufenden Jahr ist mit einer moderaten Dynamik dieses Bereichs (NÖ: +2,5 %, Ö: +2,0 %) im nächsten Jahr zu rechnen.

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres erhöhte sich in **Österreich** die Beschäftigung des Bereichs Beherbergungs- und Gaststättenwesen um 29 %. In

Niederösterreich nahm die Beschäftigung um 11,1 % zu. Nach dem starken Anstieg der Beschäftigung im Vorjahr dürfte heuer die Beschäftigung weiter zunehmen, in **Niederösterreich** um 2,9 % und im **Österreich-Durchschnitt** um 13,6 %. Im nächsten Jahr könnte sich die Beschäftigung dieses Bereichs weiter erholen (NÖ: +3,1 %; Ö: +3,5 %).

3.7 Verkehr und Lagerei

Der Bereich Verkehr profitiert in diesem Jahr von der besonders starken Dynamik des Tourismus. Andererseits dämpft die Abflachung der Industriekonjunktur die Entwicklung dieses Bereichs. Infolgedessen dürfte die BWS dieses Sektors in diesem Jahr in **Niederösterreich** um 6,2 % und **österreichweit** um 8,0 % zunehmen. Im Jahr 2023 dürfte die BWS um 3,7 % in **Niederösterreich** und um 2,0 % **österreichweit** expandieren. Im ersten Quartal erhöhte sich die BWS des Bereichs Verkehr und Lagerei **österreichweit** um 25,7 %.

Im Durchschnitt der ersten sechs Monate des Jahres 2022 nahm die Zahl der Beschäftigten im Bereich Verkehr und Lagerei, im Vorjahresvergleich, in **Niederösterreich** um 1 % und **österreichweit** um 4,1 % zu. Im heurigen Jahr dürfte die Beschäftigung im Bereich Verkehr und Lagerei in **Niederösterreich** um 1,6 % und in **Österreich** um 3,4 % expandieren. Im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung in **Niederösterreich** um 1,3 % weiter zunehmen, allerdings **österreichweit** um 0,2 % abnehmen.

3.8 Information und Kommunikation

Für heuer und das nächste Jahr rechnen ECONOMICA und das IHS mit einer positiven Entwicklung des Bereichs Information und Kommunikation in **Niederösterreich** (+1,3 % bzw. +1,6 %). Im **Österreich-Durchschnitt** dürfte die BWS dieses Bereichs laut WIFO in den Jahren 2022 und 2023 um jeweils 2,0 % wachsen. Im ersten Quartal stieg die BWS des Bereichs Information und Kommunikation **österreichweit** um 5,2 %.

Im Zeitraum Jänner bis Juni erhöhte sich die Beschäftigung des Bereichs Information und Kommunikation im Vorjahresvergleich um 1,4 % in **Niederösterreich** und um 5,4% in **Österreich**. Für die Jahre 2022 und 2023 wird mit einer Steigerung der Beschäftigung im Bereich Information und Kommunikation in **Niederösterreich** (+2,2 % bzw. +2,9 %) und **Österreich** (+5,9% bzw. +2,3 %) gerechnet.

3.9 Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

Im ersten Quartal verzeichnete die BWS des Bereichs Finanz- und Versicherungsdienstleistungen einen Anstieg um 6,4 % **österreichweit**. Für das gesamte Jahr rechnen ECONOMICA und das IHS mit einem Anstieg der BWS um jeweils 5,7 % in **Niederösterreich** und im **Österreich-Durchschnitt**. Im nächsten Jahr dürfte die BWS dieses Bereichs in **Niederösterreich** und **österreichweit** um jeweils 5,5 % zunehmen.

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres stagnierte die Beschäftigung im Kredit- und Versicherungswesen in **Österreich** und nahm in **Niederösterreich** im Vorjahresvergleich um 0,6 % ab. Für 2022 rechnen ECONOMICA und das IHS mit einer leichten Erhöhung der Beschäftigtenzahlen sowohl in **Niederösterreich** als auch in **Österreich** um jeweils 0,3 %. Im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung in Niederösterreich und österreichweit stagnieren.

3.10 Grundstücks- und Wohnungswesen

Die BWS des Bereichs Grundstücks- und Wohnungswesen wuchs im ersten Quartal **österreichweit** um 3,9 %. Laut ECONOMICA und IHS dürfte die Bruttowertschöpfung dieses Bereichs in **Niederösterreich** und im **Österreich-Durchschnitt** im laufenden Jahr um 2,4 % bzw. 1,2 % zunehmen. Für nächstes Jahr ist mit einer Expansion um 2,1 % in **Niederösterreich** und um 0,5 % **österreichweit** zu rechnen.

Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Juni nahm die Beschäftigung des Bereichs Grundstücks- und Wohnungswesen in **Niederösterreich** um 0,1 % und in **Österreich** um 0,4 % zu. Für die Jahre 2022 und 2023 ist in **Niederösterreich** und **österreichweit** eine Zunahme der Beschäftigung in diesem Bereich um 2,3 % (Ö: 1,0 %) bzw. 2,5 % (Ö: 0,9 %) zu erwarten.

3.11 Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen

Heuer wird eine Fortsetzung der Erholung des Bereichs Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, die schon im Vorjahr begonnen hat, erwartet. Im ersten Quartal des laufenden Jahres erhöhte sich die BWS **österreichweit** um 7,9 %. Im Gesamtjahr 2022 dürfte sich die BWS des Bereichs Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen in **Niederösterreich** und in **Österreich** um 5,5 % bzw. 4,5 % erhöhen. Für 2023 wird mit einer Expansion um 2,6 % in **Niederösterreich** (**Österreich**: +2,0 %) gerechnet.

Im Durchschnitt der ersten sechs Monate des laufenden Jahres erhöhte sich die Beschäftigung im Bereich Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen um 7,6 % in **Niederösterreich** und um 6,5 % in **Österreich**. Für die Jahre 2022 und 2023 ist sowohl in **Niederösterreich** als auch im **Österreich-Durchschnitt** mit einem starken Anstieg (2022: NÖ: +6,8 %, Ö: +5,7 %; 2023: NÖ: +2,4 %, Ö: +2,8 %) der Beschäftigung in diesem Bereich zu rechnen.

3.12 Sonstige Dienstleistungen

Die faktische Stilllegung („Shutdown“) weiterer Teile des Bereichs Sonstige Dienstleistungen, wie Kunst, Unterhaltung und Erholung, führte zu einem starken Rückgang der Bruttowertschöpfung im Bereich Sonstige Dienstleistungen im Jahr 2020. Seitdem erholt sich

dieser Bereich langsam. Infolgedessen ist dieser Bereich im ersten Quartal **österreichweit** um 12,4 % gewachsen. Insgesamt dürfte die BWS des Bereichs Sonstige Dienstleistungen im Jahr 2022 in **Niederösterreich** um 1,3 % und **österreichweit** um 0,5 % wachsen. Für das Jahr 2023 wird mit einer Zunahme um 4,0 % in **Niederösterreich** und um 3,0 % **österreichweit** gerechnet.

Im Zeitraum Jänner bis Juni 2022 erhöhte sich die Beschäftigung des Bereichs Sonstige Dienstleistungen um 2,8 % in **Niederösterreich** und um 2,5 % in **Österreich**. Für das laufende Jahr ist von einem Anstieg der Beschäftigung dieses Bereichs in **Niederösterreich** und **österreichweit** um 3,5 % bzw. 2,6 % auszugehen. Im nächsten Jahr wird sich die Beschäftigung des Bereichs Sonstige Dienstleistungen voraussichtlich um 2,6 % in **Niederösterreich** und um 1,6 % **österreichweit** erhöhen.

3.13 Öffentliche Verwaltung

Die BWS des Bereichs Öffentliche Verwaltung dürfte im heurigen Jahr und im Jahr 2023 um jeweils 1,0 % bzw. 1,4 % in **Niederösterreich** und um jeweils 1 % **österreichweit** zunehmen. Im ersten Quartal erhöhte sich die BWS dieses Bereichs um 2,8 % **österreichweit**.

Im Zeitraum Jänner bis Juni 2022 nahm die Beschäftigung des Bereichs Öffentliche Verwaltung in **Niederösterreich** um 1,0 % zu und um 1,8 % **österreichweit**. Für die Jahre 2022 und 2023 ist mit einem Anstieg der Beschäftigung dieses Bereichs in **Niederösterreich** um 1,2 % bzw. 1,1 % und **österreichweit** um 1,7 % bzw. 1,0 % zu rechnen.

4. Aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt und Prognose

In den letzten Monaten hat sich die Beschäftigungsdynamik verlangsamt. Im **Zeitraum Jänner bis Juni 2022** lag die Zahl der Aktiv-Beschäftigten in **Niederösterreich** um 2,6 % und im **Österreichdurchschnitt** um rund 4,0 % über dem Wert des Vorjahreszeitraums. In sektoraler Betrachtung verzeichnete der Dienstleistungsbereich mit 2,7 % in **Niederösterreich** und 4,6 % **österreichweit** den stärksten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Im sekundären Sektor legte die Zahl der Arbeitsplätze um 2,6 % bzw. 2,3 % zu. Kräftige Zuwächse verzeichneten in **Niederösterreich** die Bereiche Beherbergung und Gastronomie (11,1 %), Kunst, Unterhaltung und Erholung (8,7 %), Sonstige wirtschaftsnahe Dienstleistungen (7,6 %) und Bau (4,1 %). Lediglich im Bereich Finanzdienstleistungen (-0,6 %) war die Beschäftigung niedriger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Laut vorläufiger Schätzung erhöhte sich die Zahl der unselbständig Beschäftigten in **Niederösterreich** im Juni 2022 im Vergleich mit Juni 2021 um +10.971 bzw. +1,7 % auf 658.408. Gegenüber dem Vorkrisenniveau (gemessen am Juni 2019) stieg die Aktiv-Beschäftigung in **Niederösterreich** um 3,7 %.

Im Vergleich zum Vorjahr und auch zum Vorkrisenniveau sind die Arbeitslosenzahlen weiterhin rückläufig. Erwartungsgemäß hat sich allerdings der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten etwas verlangsamt. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich im **Juni** auf 35.715. Damit waren um 10.288 bzw. -22,4 % weniger Personen arbeitslos als im Vorjahr. Dies entspricht einem Rückgang um 20,1 % gegenüber Juni 2019. Unter Berücksichtigung der SchulungsteilnehmerInnen, waren in **Niederösterreich** im Juni im Vorjahresmonatsvergleich mit 44.063 um 20,2 % gegenüber dem Vorjahr bzw. 17,9 % zu Juni 2019 weniger Personen beim AMS Niederösterreich angemeldet. Die Arbeitslosenquote war mit 5,1 % in **Niederösterreich** und 5,5 % **österreichweit** im Juni 2022 deutlich unter dem Vorjahresniveau (6,6 % in Niederösterreich und 7 % im Österreich-Durchschnitt) und die Beschäftigungsnachfrage ist äußerst kräftig.

Die sektorale Entwicklung der Arbeitslosigkeit reflektiert eine Entspannung in allen Branchen. So wiesen die Bereiche Beherbergung und Gastronomie (-981 bzw. -26,1 %), Handel (-2.101 bzw. -23 %), Warenerzeugung (-1.237 bzw. -24,4 %), Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-1.520 bzw. -20,4 %) sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung (-245 bzw. -34,9 %) die stärksten Rückgänge gegenüber dem Vorjahr auf. Nach Arbeitsmarktbezirken, herrscht bereits in sechs niederösterreichischen Arbeitsmarktbezirken Vollbeschäftigung: in Horn mit 1,8 %, in Waidhofen/Ybbs mit 2,0 %, in Scheibbs mit 2,1 %, in Melk und Zwettl mit je 2,3 % sowie in Amstetten mit 3,0 %.

Da Frauen überdurchschnittlich in den Branchen beschäftigt sind, die durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie mit Beschränkungen konfrontiert sind, waren sie durch die

Coronakrise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Infolgedessen sank die Arbeitslosigkeit bei den Frauen (–5.433 bzw. –24 %) im Juni stärker als bei den Männern (–4.855 bzw. –20,8 %). Die Arbeitslosigkeit verringerte sich bei Personen im Haupterbsalter (25–50 Jahre) im Jahresvergleich um –23,2 % und bei den über 50-Jährigen um –23,9 %. Den niedrigsten Rückgang gab es mit 6,2% bei den Jugendlichen. Ende Juni waren in **Niederösterreich** 7.037 und damit 19,7 % aller vorgemerkten Personen langzeitarbeitslos. Dabei lag der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit im Vergleich zum Juni 2019 mit 27,6 % in **Niederösterreich** deutlich über dem **österreichweiten** Rückgang von 9,5 %. Der Bestand der Langzeitarbeitslosen hat sich gegenüber dem Höchststand während der Corona-Krise im März 2021 mehr als halbiert (–57 %). Ende Juni wurden dem AMS **Niederösterreich** 21.674 um 32,1 % (+5.263) mehr neue Stellenangebote als vor einem Jahr gemeldet. Die Zahl der neuen Stellenangebote war noch nie so hoch. Damit kommen 1,6 Arbeitslose auf eine offene Stelle und die Stellenandrangziffer ist somit genauso niedrig wie zu Beginn der 80er Jahre, also zur Zeit der Vollbeschäftigung in Österreich.

Zuwächse an offenen Stellen verzeichnen die Arbeitskräfteüberlassung mit +1.864 (+58,8 %), gefolgt vom Handel mit +948 (+28,5 %), dem Tourismus mit +534 (+32,8 %) und der Warenproduktion mit +463 (+23,9 %). Im Bauwesen hingegen nimmt die Zahl der offenen Stellen gegenwärtig nicht mehr zu (–3,2 % im Vorjahresvergleich). Laut AMS Niederösterreich haben heuer insgesamt 46.887 Jobsuchende einen Job gefunden. Insgesamt wurden heuer 41.040 freie Stellen bereits besetzt. Dies entspricht einem Plus von 27,1 % gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs.

Tabelle 2: Entwicklung der unselbständigen Aktiv-Beschäftigung ausgewählter Wirtschaftsbereiche in Niederösterreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %)

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022P | 2023P |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Land- und Forstwirtschaft | +2,3 | –2,7 | +3,2 | +1,7 | +1,7 |
| Herstellung von Waren ¹⁾ | +1,8 | –1,6 | –0,1 | +1,7 | +0,3 |
| Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung | +3,8 | +0,9 | +1,6 | +2,0 | +1,3 |
| Bauwesen | +5,2 | +0,4 | +6,2 | +3,5 | +0,3 |
| Handel | +0,7 | –0,7 | +4,0 | +2,1 | +0,83 |
| Beherbergung und Gastronomie | +2,8 | –16,0 | +8,0 | +2,9 | +3,1 |
| Verkehr und Lagerei | +3,0 | +9,1 | –3,5 | +1,6 | +1,3 |
| Information und Kommunikation | +2,9 | +1,4 | –0,3 | +2,2 | +2,9 |
| Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | –1,5 | –1,7 | –2,6 | +0,3 | –0,0 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen | +0,8 | +1,9 | +2,9 | +2,3 | +2,5 |
| Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ²⁾ | +2,5 | –3,4 | +6,9 | +6,8 | +2,4 |
| Sonstige Dienstleistungen ³⁾ | +1,2 | –5,0 | +0,4 | +3,5 | +2,6 |
| Öffentliche Verwaltung ⁴⁾ | +0,5 | +0,8 | +1,8 | +1,2 | +1,1 |
| Niederösterreich (ECONOMICA/ IHS) | +1,7 | –0,6 | +2,3 | +2,3 | +1,1 |
| Österreich (ECONOMICA/ IHS) | +1,6 | –2,0 | +2,5 | +3,1 | +0,8 |

Prognose: 2022 und 2023. 1) Prognose einschl. Bergbau.- 2) ÖNACE M-N. 3) ÖNACE R-U. 4) ÖNACE: O-Q. Quelle: HSV, ECONOMICA/ IHS.

Mit der konjunkturellen Abschwächung hat auch die Unsicherheit über die weitere Arbeitsmarktentwicklung zugenommen. So hat sich in den letzten Monaten die Beschäftigungsdynamik verlangsamt. Während der Indikator der offenen Stellen weiterhin auf eine kräftige Beschäftigungsnachfrage deutet, dürften die konjunkturelle Abschwächung und der Mis-Match dämpfend wirken. Insgesamt wird somit für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Anstieg der **Aktiv-Beschäftigung** um 2,3% in **Niederösterreich** und 3,1 % **österreichweit** erwartet. Vor dem Hintergrund der verhaltenen Konjunkturdynamik und der demografischen Entwicklung dürfte der Beschäftigungszuwachs 2023 auf 1,1 % in **Niederösterreich** und auf 0,8 % in **Österreich** zurückgehen (vgl. Tabelle 2). Diese Prognose unterstellt, dass die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen weiterhin zur Verringerung der Mis-Match- sowie Langzeitarbeitslosigkeit beitragen werden und es zu keinen signifikanten kriegs- bzw. coronabedingten Einschränkungen kommt.

Autoren: Daniela Grozea-Helmenstein, Helmut Berrer, Christian Helmenstein

Titel: Wirtschaftsprognose für Niederösterreich
Projektbericht/Research Report

© 2022 ECONOMICA, Institut für Wirtschaftsforschung, Wien,

© 2022 Institute for Advanced Studies (IHS)

Liniengasse 50-52, A-1060 Wien • ☎ +43 676 3200-400 • <http://www.economica.at>

Josefstädter Straße 39, A-1080 Vienna • ☎ +43 1 59991-0 • Fax +43 1 59991-555 • <http://www.ihs.ac.at>
